

Protokoll Nordstadt-Forum vom 03. Juni 2008:

1. Begrüßung / Protokoll der letzten Sitzung am 29.04.2008 / TOPs dieser Sitzung

Nach der Begrüßung durch Herrn Lierhaus folgt ein kurzer Rückblick auf die letzte Sitzung, zu deren Protokoll es keine Anmerkungen gibt. Daher wird der laut Tagesordnung angekündigte Punkt „Zukunftsdialog Nordstadt“ fortgeführt.

2. Schwerpunktthema: „Zukunftsdialog Nordstadt“ - Fortführung

Zur Fortführung des Dialogs referieren Herr Nagusch und Herr Meyer. Sie stellen einige wesentliche Punkte aus dem SPD-Papier vom 08.10.07 vor. Dabei steht folgender Leitsatz im Blickpunkt: „Der langfristige Wandel der Sozialstruktur ist der einzige Weg, um die Problemlagen in der Dortmunder Nordstadt nachhaltig aufzulösen.“

Nach einem kurzen Rückblick auf die Nordstadt-Zahlen bezüglich der Jugendlichen, Schulabschlüsse, Arbeitslosigkeit und Einkommensindizes, die allesamt auch im Sozialstrukturatlas nachzulesen sind, zählt Herr Nagusch kurz die Nordstadtprogramme auf, die seit Mitte der 60er Jahre aufgelegt wurden. Die SPD hat in ihrem Papier folgende Handlungsfelder für strukturelle Veränderungen festgelegt: 1. Wohnen; 2. Erziehung & Bildung; 3. Verkehr; 4. Freizeit, Grün, Kultur & Sport; 5. Gesundheit; 6. Gewerbeentwicklung; 7. Hafen; 8. Westfalenhütte.

Da beim letzten Mal das Thema „Wohnen“ bereits behandelt wurde, soll in der heutigen Sitzung über weitere Punkte gesprochen werden. Aufgrund des zeitlichen Rahmens wird sich auf die Punkte 2, 4 und 6 geeinigt, wobei Herr Nurk anfügt, dass er den Punkt 6 „Gewerbeentwicklung“ gerne noch um das Thema „Arbeit schaffen“ ergänzt sehen würde.

Zu Punkt 2 „Erziehung & Bildung“ referiert Florian Meyer, Student der Raumplanung an der Uni Dortmund, AStA-Mitglied sowie Juso und Schriftführer der Nordstadt-SPD. Folgende Punkte werden von Herrn Meyer angesprochen: 2.1 Religionsunterricht an Schulen: Islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache/Verbot von Islamschulen, die nur von Moscheen getragen werden. 2.3 Grundschulen: Elternschule & Elternführerschein. 2.4 Schule generell: Herstellung der Chancengleichheit von Kindern & Jugendlichen/Internationale Schule in einem internationalen Stadtteil. 2.5 Erziehung: Forderung nach drei zusätzlichen Freizeitstätten.

Herr Meyer merkt u.a. an, dass ein großer Teil der Migrant/innen sehr religiös sei. Um zu den verschiedenen Gruppierungen tatsächlich Zugänge zu schaffen, propagiert er den Ansatz, Schlüsselpersonen aus den verschiedenen ethnischen Gruppen als Mittler einzusetzen. Insbesondere verweist er auf das Modell der „Stadtteil-Mütter“.

Herr Staubach macht einige grundsätzliche Anmerkungen hierzu: Er führt die aktuellen Studien zur Ergänzung der Sinus-Milieus an, die Hinweise dafür liefern, dass die Orientierungen innerhalb der Migrantenbevölkerung weniger durch religiöse Leitvorstellungen als durch die gängigen Konsum- und Lebensstile geprägt seien. Auch innerhalb der Migrantenbevölkerung gibt es demnach sehr heterogene Milieus und Lebensstilgruppen, was einer Normalisierung und Anpassung an die Milieus der Aufnahmegesellschaft gleichkomme. Das dem Modell der „Stadtteil-Mütter“ zu Grunde liegende Mentoren-Konzept, bei dem „Peer-Group“-Mitglieder die Zugänge sicherstellen, hält er für Erfolg versprechend. Herr Niermann erläutert daraufhin den Ansatz „Jugend berät Jugend“ bei der Stadtteil-Schule.

Herr Staubach formuliert schließlich die Forderung, dass sich die Vielfalt des Stadtteils auch in seinen Institutionen abbilden müsse. Dies müsse für die schulischen Institutionen gelten, genauso aber auch für die öffentliche Verwaltung oder die Wohnungsunternehmen, wenn diese kundengerechte Dienstleistungen erbringen wollten. Herr Nagusch pflichtet dem bei und betont, dass die ethnischen Communities stärker vertreten sein sollten.

Auch über den Religionsunterricht wird diskutiert. Dabei fordert Herr Nagusch die Einführung eines Ethik-Unterrichts zusätzlich zum Religionsunterricht, während Frau Kabis-Staubach

darauf aufmerksam macht, dass der Religionsunterricht zugleich dafür genutzt werden könne, dass sich die Kinder über gemeinsame Werte der Religionen austauschen.

Herr Nurk fordert vor dem Hintergrund der Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen weiterhin einen kostenlosen Schulbesuch und kritisiert die Aufhebung der Grundschuleinzugsbezirke durch die NRW-Landesregierung. Dagegen sieht Herr Bahr darin auch eine Chance, da sozial besser gestellte Eltern, wenn sie ihre Kinder in andere Schulen schicken können, nun auch in der Nordstadt wohnen bleiben können.

Punkt 4 „Freizeit, Grün, Kultur & Sport“ wird ebenfalls von Herrn Meyer vorgestellt. Dabei geht es um folgende Punkte: 4.1 Solendo, Hafenpromenade, Flaniermeile. 4.2 Emscher-Landschaftspark/Fredenbaum an den Kanal/Grillen im Fredenbaumpark. 4.3 Grüngürtel/Sport -> Renovierung/Neubau der Sporthalle-Nord. 4.4 Kultur, z.B. Nordmarkt Kultur e.V. Herr Bahr merkt zu Punkt 4.1 an, dass die Industrie im Dortmunder Hafen aufgrund ihrer 5000 Arbeitsplätze ein wichtiges Pfund für Dortmund sind. Die Kulturszene vom Thier-Gelände könne zwar gerne rüber ziehen, wichtig sei jedoch, dass die Industrie erhalten bleibe.

Herr Nagusch erläutert, dass zwar ca. 130 Firmen am Hafen angesiedelt sind, aber nur 30 tatsächlich das Wasser brauchen. Herr Staubach fügt hinzu, dass trotz aller Restriktionen schrittweise dazu kommen müsse, den überaus wertvollen Standort Wasser auch stärker für die Freizeit, sowie für das Wohnen zu nutzen. Auch die Wassernutzer (z.B. Ruderer) dürften nicht vergessen werden, wirft her Lierhaus ein und sieht in dem Ruderstützpunkt ein entscheidendes Argument gegen eine intensivere Nutzung durch Freizeitskipper. Herr Nagusch macht darauf aufmerksam, dass es Hafenbereiche gibt, die kaum benutzt werden, aber auch solche, die sehr stark in Anspruch genommen werden. So boome bspw. die Container-Wirtschaft, allerdings nahezu ausschließlich über die LKW-Andienung. Vor diesem Hintergrund könne der Container-Umschlag zwar grundsätzlich auch auf der Westfalenhütte stattfinden, merkt Herr Meissner an, dennoch dürfe nicht vergessen werden, dass der Hafen einer der wenigen städtischen Unternehmen ist, das noch Gewinn abwerfe.

Herr Staubach spricht zudem das Patenschaftssystem für Spielplätze und andere öffentliche Freiflächen an. Er begrüßt die Ankündigung der Bezirksvorstehers Herrn Böcker das Ehrenamt in diesem Bereich stärker zu honorieren. Herr Bahr entgegnet, dass sich eine Honorierung immer sehr schwierig darstellt. Herr Staubach wirft zugleich die Frage auf, ob es nicht eine professionelle Begleitung geben müsse, durch die die Paten ein Training erhalten. Insbesondere verweist er auf erkennbare Überforderungen der Paten in diversen Konfliktsituationen, bei denen sie nicht allein gelassen werden dürften.

Punkt 6 „Gewerbeentwicklung“ wird von Herrn Nagusch vorgestellt. Es geht um die Punkte: 6.1 Wandel des Geschäftsbesatzes (Uptrading): Höherwertiger Geschäftsbesatz und lückenloses Angebot, Laden- und Geschäftsflächen-Management. 6.2 Lokale Ökonomie: Netzwerke für Nordstadtunternehmen, „Freihandelszone“ -> Frage nach Umsetzung. 6.3 Qualifizierung von Gewerbetreibenden und Gründerinnen: „Gewerbeführerschein Nordstadt“, Gründer/innen-Zentrum einem leerstehenden Haus, Gründung einer Initiative/eines Vereins, spezielle Existenzgründungsberatung für Migrantinnen und Migranten. 6.4 Gewerbeentwicklung Bornstraße. Zudem wird das Thema „Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze“ angesprochen, das allerdings laut Herrn Nagusch schwierig umzusetzen ist.

Herr Nurk macht darauf aufmerksam, dass es durchaus einige gute gewerkschaftliche Ansätze gibt – etwa auch Vorschläge einer Arbeitsgruppe der Kooperationsstelle Gewerkschaft und Hochschule in Eving. Zudem erklärt er, dass darauf geachtet werden sollte, dass nicht allen Anträgen auf Zulassung als Gewerbe überall stattgegeben werden dürfe und ein Überangebot an qualitativ geringwertigen Läden entstehe, z.B. auf einer Straße die xte Spielhölle oder der xte Dönergrill. Herr Bahr erklärt, dass die Leute, die Geld verdienen, zumeist aus der Nordstadt wegziehen und damit Kaufkraft fehle, so dass einem qualitativ höherwertigen Angebot oftmals die Grundlage fehle.

Herr Staubach ruft in Erinnerung, dass im Hinblick auf die Reichweite von öffentlichen Interventionen zwischen den Handlungsmöglichkeiten auf der Ebene des Stadtteils und der Gesamtstadt und jenen auf den übergeordneten staatlichen Ebenen zu unterscheiden sei. Beides müsse aber aufeinander bezogen sein. Auch verweist er auf die möglichen Schwachpunkte einer „freien Unternehmenszone Nordstadt“ (resp. „Freihandelszone“), die zumindest in der britischen und der US-amerikanischen Praxis der Stadtteilentwicklung immer auch mit Deregulierungskonzepten einher gehen (z.B. Aushebelung von Tarifrecht und Arbeitsschutzbestimmungen). Zu ihrer Umsetzbarkeit erfolgen im Plenum nur wenige Anmerkungen, die einige offenen Fragen hinterlassen.

Herr Nagusch räumt ein, dass das vorgestellte Konzept die Frage der Wirtschaftsentwicklung noch sehr stark aus der Sicht der Unternehmen betrachte. Ein Gesichtspunkt dabei sei etwa die Tatsache, dass die Initiatoren von Gewerbeegründungen, kaum Zeit hätten sich weiterzubilden. Herr Nagusch macht auf ein Beispiel in Berlin-Friedrichshain aufmerksam.

Herr Bahr wirft angesichts der aus seiner Sicht begrenzten Reichweite bisheriger öffentlicher Interventionen die grundsätzliche Frage auf, ob ein Stadtteil nicht erst ganz am Boden liegen müsse, damit er sich wieder neu erfinden könne? Tragen also all diejenigen, die sich um die Nordstadt kümmern, dazu bei, dieses „neue Erfinden“ zu verhindern?

Herr Meyer sagt, dass es durchaus einige Potenziale in der Nordstadt gibt. Wichtig sind Kontakte zur Uni, zu kleinen Unternehmen, der Aufbau eines bzw. mehrerer Netzwerke.

Herr Staubach fügt an, dass er in die Perspektive einer Gentrifizierung, also der Aufwertung mit dem Ziel der Veredelung der Bevölkerungsstruktur mit dem Ergebnis der Verdrängung der ansässigen Bevölkerung, auf absehbare Zeit keine Gefahr sieht. Die Nordstadt habe sich wegen ihres schlechten Images und ihrer baulich-räumlichen Probleme (z.B. Verkehrs- und Umweltbelastungen) als relativ gentrifizierungsresistent erwiesen. Um einen schrittweisen Aufwertungsprozess einzuleiten, müsse man möglicherweise unterhalb der Ebene des Stadtbezirkes ansetzen und kleinräumiger denken. Die Wohnungswirtschaft tue dies bereits (z.B. Wohnen am Fredenbaumpark, Wohnen am Hafen).

Herr Meissner verweist auf ein aus seiner Sicht sehr stark vernachlässigtes Potenzial der Nordstadt: die hier gegebene kleinteilige Nutzungsmischung. Vor dem Hintergrund steigender Benzinpreise sei die „Stadt der kurzen Wege“ ein nicht zu unterschätzender Standortvorteil.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wird Punkt drei der Tagesordnung „Verschiedenes“ nicht mehr behandelt. Herr Lierhaus hat das Schlusswort und weist zum einem auf die Veranstaltung „Nordstadt-Ateliers“ hin. Zum anderen erklärt er, dass das Nordstadt-Forum auf der Suche nach Ersatz bei der QM-Nordmarkt-Jury des Fonds für bewohnerschaftliche Projekte ist.

Der nächste Termin des Nordstadtforums, der nach den Sommerferien stattfinden soll und bei dem die CDU ihre konzeptionellen Überlegungen vorstellen wird, wird auf den Mittwoch, 20.08.08, festgelegt.

Protokoll: Thomas Martha
Dortmund, den 06. Juni 2008